

Hauptantrag

Antrag an die...

Initiator_nnen: Bernd Pinzer (Fraktionsdirektor)

Titel: Programm für die Gemeinderatswahl 2025

Antragstext

1 **FIRST THINGS FIRST: DER Reform-KOMPASS FÜR DEINE**
2 **GEMEINDE**

3 Regionen, Städte und Gemeinden sind einem stetigen Wandel unterzogen.
4 Gegenwärtig findet dieser Wandel immer schneller und umfassender statt. Länder,
5 Gemeinden und Kommunen sind daher gut beraten, sich evidenzbasiert und
6 frühzeitig mit Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, den damit
7 einhergehenden infrastrukturellen Anforderungen, Veränderungen, die unsere
8 Umwelt für uns bereithält, bis hin zu Gemeindeorganisation und Finanzsituation
9 auseinanderzusetzen.

10 Die gute Nachricht: Demographie in der Gemeinde ist keine Raketen-Wissenschaft.
11 Es gibt externe und interne Faktoren, die hier eine Rolle spielen. Sie alle sind
12 unter den Aspekten, Wachstum, Stagnation und Rückgang zu bewerten. Ausgangspunkt
13 für jegliche Zukunftsgestaltung im Einklang mit den demographischen
14 Entwicklungen in der Gemeinde ist eine ehrliche und aufrichtige
15 Eröffnungsbilanz, die die Feststellung des derzeitigen Status Quo zum Ziel hat –
16 Der Reform-Kompass für die Gemeinde.

17 Hier kommen die bereits erwähnten externen und internen Faktoren ins Spiel.

18 Unter **externen Faktoren** versteht man vor allem Aspekte der
19 Bevölkerungsentwicklung, insbesondere:

- 20
- Zuzug, Abzug, Geburten und Todesfälle

- 21 • Bevölkerungswandel in der Gemeinde
 - 22 ◦ Wohnen in der Gemeinde
 - 23 ◦ (Klein-) Kinderbetreuung
 - 24 ◦ Kindergarten und Schule
 - 25 ◦ Gesundheit und Pflege
- 26 • Klima und Umwelt und grüne Energie in der Gemeinde
 - 27 ◦ Klimaanpassungsmaßnahmen im Gemeindegebiet
 - 28 ◦ Grüne Energie in den Gemeinden
 - 29 ◦ Personennahverkehr - Mobilitätswende und "Last-Mile-Problem"
- 30 • Einnahmen aus Kommunalsteuern/Bedarfszuweisungen und aufgabenorientierter
31 Finanzausgleich
 - 32 ◦ Finanzsituation der Gemeinde
 - 33 ◦ Arbeit und Wirtschaft
- 34 • Zusammenleben in der Gemeinde / kulturelle Vielfalt als Chance
 - 35 ◦ Gelingendes Zusammenleben
- 36 **Interne Faktoren** sind in der Zusammenfassung dessen zu finden, was die Gemeinde
37 an personellen und institutionellen Planungen im eigenen Wirkungsbereich
38 besorgen kann, um die Auswirkungen der angeführten externen Faktoren abzufedern
39 und Wachstums-, Stagnations- und Rückgangstendenzen zum Wohl der Bürger:innen zu
40 gestalten.
- 41 • Bürger:innenservice & effiziente Verwaltung
 - 42 ◦ Der One-Stop-Shop für Bürger:innenanliegen & Digitalisierung
 - 43 ◦ Digitales Gemeindeamt/digitale Amtstafel/digitaler Amtsweg
 - 44 ◦ Hilfestellung für jene, die mit dem digitalen Zeitalter nicht
45 Schritt halten
 - 46 ◦ Personalplanung
 - 47 ◦ Ressourceneinsatz
- 48 • Politik und Gemeinderat

- 49 ◦ Transparenz
- 50 ◦ Politiker:innenverantwortung
- 51 ◦ Europa in deiner Gemeinde – vom Großen ins Kleine

52 Um die Zukunft gestalten zu können, ist es erforderlich, sich proaktiv und ohne
53 Scheuklappen mit ihr auseinanderzusetzen. Daher fordern NEOS für den Zeitraum
54 von 5, 10 und 50 Jahren:

- 55 • Adäquate kurz-, mittel- und langfristige demographische Planung der
56 externen und internen Faktoren in jeder niederösterreichischen Gemeinde
57 sowie daraus abgeleitete Entwicklungsstrategien

58 **Im Detail bedeutet das für ein gelingendes Gemeindemanagement, dass nachstehende**
59 **Teilaspekte in den Fokus der politischen Planungen und organisatorischer**
60 **Maßnahmen in unseren niederösterreichischen Gemeinden gestellt werden, daher**
61 **bilden sie auch den Kern unseres Gemeinderatswahlprogrammes für die**
62 **Gemeinderatswahlen 2025:**

63 **Zuzug, Abzug, Geburten und Todesfälle**

64 Diese grundlegenden Parameter, sind für alle Gemeinden die absolute Basislinie
65 jeglicher Planung für die zukünftige Entwicklung. Deshalb ist es von großer
66 Bedeutung, dass sich Gemeindeverantwortliche über diese Faktoren im Klaren sind.
67 Wächst die Gemeinde? Stagniert sie? Oder ist sie in manchen Bereichen sogar von
68 Rückgang betroffen? Die Antwort auf diese Fragen bildet die Grundlage für
69 Maßnahmen, die zur Deckung der Bedürfnisse der Gemeindebürger:innen zu treffen
70 sind.

71 **Bevölkerungswandel in der Gemeinde**

72 Nicht nur die bloße Einwohner:innenanzahl bestimmt die Notwendigkeiten kluger
73 Gemeindepolitik sondern - und zukünftig verstärkt - ist es vor allem die
74 demographische Zusammensetzung der Gesellschaft, die vorgibt, was zu einem guten
75 Leben beiträgt. Daher müssen die wesentlichen Aspekte direkter Daseinsvorsorge
76 in jede gewissenhafte Planung aufgenommen werden. Für uns sind dies vor allem
77 **Wohnen, Kinderbetreuung, Kindergarten & Schule, sowie Gesundheit & Pflege.**

78 **Wohnen in der Gemeinde**

79 Aktuell werden die Herausforderungen für jene, die in niederösterreichischen
80 Gemeinden Wohnraum suchen oder gar Wohneigentum begründen wollen immer größer.
81 Immer stärker klaffen das verfügbare Einkommen von Haushalten und die
82 Immobilienpreise auseinander. Auch steigen die Baupreise immer weiter. Hier gibt
83 es eine Preissteigerung von 10,3 % im Vergleich zum 3. Quartal 2021. Gegenüber
84 Q2/2022 legten die Baupreise um 2,2 % zu.

85 Das Eigenheim ist damit für viele nicht mehr erschwinglich. Besonders junge
86 Menschen sind von dieser Entwicklung betroffen, wohingegen das Finanzministerium
87 über die Eintragungsgebühr für das Grundbuch ordentlich von der Teuerung
88 profitiert. Auch die hohen Mietkosten erschweren es vor allem jungen Menschen,
89 ein eigenständiges Leben zu führen, eine Familie zu gründen und nachhaltige
90 Investitionen in das eigene Leben zu tätigen. Dieses Problem ist dabei keine
91 Randerscheinung, sondern betrifft knapp die Hälfte der österreichischen
92 Bevölkerung. Noch drastischer ist die Situation in großen Städten und suburbanen
93 Gebieten, wie dem sogenannten "Wiener Speckgürtel". In Niederösterreich wird die
94 Bevölkerung bis 2030 von 1.687.651 auf 1.760.954 Personen wachsen. Gleichzeitig
95 sind noch 23,7% des Netto-Baulands unbebaut. (Netto-Bauland: 85.485ha). Noch
96 weniger unbebaut sind nur das Burgenland und Kärnten.

97 NEOS wollen für faire Verteilung von leistbaren Wohnungen in den Gemeinden
98 sorgen und die Menschen bei der Schaffung von Eigentum unterstützen. Dazu muss
99 ein Bündel an Maßnahmen geschnürt werden. Gemeinden sollen künftig verstärkt und
100 aktuell Daten zu Leerstand im Wohnungsbereich auf den Gemeindehomepages
101 veröffentlichen. Die Vergabe von Gemeindewohnungen hat nach Kriterien zu
102 erfolgen, die sowohl für die Wohnungsbewerber:innen, als auch für die, die mit
103 der Vergabe befasst sind, nachvollziehbare Kriterien beinhaltet. Jeglicher
104 Anschein von Freunderlwirtschaft muss von vorneherein ausgeschlossen werden. Bei
105 neuen Wohnbauprojekten auf dem Gemeindegebiet ist die Zusammenarbeit mit
106 gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zu suchen. Schon in der
107 Projektplanungsphase ist darauf zu achten, dass die Modelle, die von den
108 Genossenschaften entwickelt und präsentiert werden, Miet-Kauf-Optionen den
109 Vorrang geben. So begünstigen wir die Begründung von Eigentum für junge
110 Menschen. Ein vorher zu definierender Anteil der gesamt zur Verfügung stehenden
111 Gemeindewohnungen ist für Starterwohnungen vorzusehen, denn diese bieten die
112 Möglichkeit für junge Erwachsene, die erste eigene Wohnung finanzschonend und in
113 der Heimatgemeinde zu begründen. Wie hoch dieser Anteil sein muss, ergibt sich
114 wiederum aus der demographischen Zusammensetzung der Gemeindebürger:innen.

115 **Forderungen**

- 116 • Aktuelle Leerstandsübersicht für Wohnungen in der Gemeinde auf der
117 Gemeindehomepage
- 118 • Transparente Vergabekriterien für Gemeindewohnungen
- 119 • Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften
- 120 • Starterwohnungen für junge Erwachsene

121 **(Klein-) Kinderbetreuung**

122 Wenn es um die Betreuung der Jüngsten in unseren Gemeinden geht, sind die
123 Herausforderungen in Niederösterreich besonders groß. In einem
124 Flächenbundesland, wie dem unseren ist es naturgemäß schwieriger für eine

125 qualitätsvolle und an die Lebensrealität der Eltern angepasste
126 Betreuungssituation zu sorgen, als dies in urbanen Ballungsräumen der Fall ist.
127 Als sogenannte Objektträger sind die Gemeinden gefordert, nicht nur die
128 Infrastruktur, sondern auch die Betreuungspersonen in den Kleinkindbetreuungs-
129 Einrichtungen zu finanzieren. Umso wichtiger ist es bei den politischen
130 Verantwortlichen das Bewusstsein zu schärfen, dass der Gesamtkomplex
131 Kinderbetreuung neben der pädagogischen Perspektive vor allem auch als
132 volkswirtschaftlicher Schlüsselfaktor angesehen werden muss. Nicht nur der
133 Bildungsweg unserer Kleinsten nimmt hier seinen Anfang, sondern auch Fragen der
134 Berufstätigkeit beider Elternteile sind in höchstem Maße von der
135 Betreuungssituation für Kinder in niederösterreichischen Gemeinden abhängig.
136 Derzeit gibt gerade der Bereich Kleinkindbetreuung (Krippen, Tagesbetreuungs-
137 einrichtungen für die Kleinsten) ein mehr als alarmierendes Bild ab. Lediglich
138 in rund 20% aller niederösterreichischen Gemeinden finden sich
139 Kleinkindbetreuungseinrichtungen, die im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und
140 Beruf für beide Elternteile echte Wahlfreiheit sicherstellen.

141 Um diese Wahlfreiheit für beide Elternteile zu erreichen ist ein Schulterschluss
142 der Gemeinden untereinander erforderlich. Planungen und Maßnahmen dürfen nicht
143 mehr innerhalb von Gemeindegrenzen gedacht werden, sondern müssen (klein-
144)regional über den eigenen Tellerrand hinweg betrachtet werden. Das nimmt den
145 Druck von der Einzelgemeinde weg und ermöglicht eine gedeihliche Entwicklung mit
146 stetigen Verbesserungen für unsere Gemeindebürger:innen.

147 **Forderungen**

- 148 • Regelmäßige Erhebung des tatsächlichen Bedarfs an Kleinkindbetreuung in
149 der Gemeinde
- 150 • Gemeindeübergreifende Kooperationen zur Sicherung der Kinderbetreuung im
151 Kleinkindbereich
- 152 • Vorausschauende Planung erforderlicher Betreuungsplätze unter Einbeziehung
153 der Geburtenstatistik
- 154 • Aus den Gemeinden heraus den Druck auf die Landesregierung erhöhen - mit
155 dem erklärten Ziel: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1.
156 Geburtstag

157 **Kindergarten und Schule**

158 Wir wollen jedem Kind die Flügel heben – das ist eines der zentralen Leitmotive
159 von NEOS. Bildung ist unsere Zukunft und der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit.
160 In den politischen Debatten im Land und auch in den Medien wird viel zu oft
161 vergessen, dass Bildung nicht erst mit dem Schuleintritt eines Kindes beginnt,
162 sondern viel früher.

163 Das grundlegende und wichtigste Fundament liegt im Privaten: bei den Familien

164 und dem Elternhaus. Institutionell fügen Kinderkrippen und Kindergärten jene
165 Bausteine hinzu, die entscheidend für die weitere Entwicklung unserer Kinder
166 werden. Damit darauf gelingende Schulbildung gebaut werden kann, braucht es ein
167 Umdenken in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Es braucht die intensive
168 Kooperation all dieser Bereiche, volle Zuwendung zu unseren Kindern und den
169 Fokus auf die Chancen aller Kinder in Niederösterreich. Hier spielt die Gemeinde
170 in ihrer Funktion eine Schlüsselrolle.

171 Gemeinden sind als sogenannte "Objektträger" für den Bau, den Betrieb und die
172 Ausstattung von Kindergarten- und Schulgebäuden verantwortlich. Im Gegensatz zu
173 den Pädagog:innen, die im Kindergarten und Pflichtschulbereich von Land und Bund
174 gezahlt werden, ist das Unterstützungspersonal bei den Gemeinden angestellt. Nur
175 wenn die Maßnahmen aller Ebenen nahtlos ineinandergreifen und sich wechselseitig
176 ergänzen können wir die beste Bildung und Betreuung für unsere Kinder
177 sicherstellen. Nach unseren Vorstellungen sind daher auch Kindergärten und
178 (Pflicht-)Schulen die modernsten und am besten ausgestatteten Gebäude in
179 Niederösterreichs Gemeinden.

180 **Forderungen**

- 181 • Erhebung des Bedarfs an Kindergartenplätzen entlang der demographischen
182 Entwicklung der Gemeinde

- 183 • Digitale Platzbuchungs- und Anmeldemöglichkeit für Kindergärten

- 184 • Erhebung des Bedarfs an Volksschulplätzen (und in weiterer Folge
185 Mittelschulplätzen) entlang der demographischen Entwicklung der Gemeinde

- 186 • Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden bei absehbaren Engpässen

- 187 • Ausstattungsoffensive: Digital, Mobiliar, Außenanlagen, Sportplätze,
188 Turnhallen etc.

- 189 • Gesundes und regionales Mittagessen mit sozial gestaffelten
190 Essensbeiträgen

- 191 • Nachfragedeckende Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten für Volks- und
192 Mittelschüler:innen

- 193 • Zusammenfassung von Kindergärten, Schulgebäuden und Freizeitanlagen zu
194 einem Bildungscampus in der Gemeinde

- 195 • Eine administrative Vollzeitstelle pro Kindergarten/Schule

- 196 • Vernetzung der örtlichen Volks- und Mittelschulen mit ortsansässigen
197 Betrieben und Unternehmer:innen

198 **Gesundheit und Pflege**

199 Das (nieder-)österreichische Gesundheitssystem ist ein teures und ineffizientes
200 System mit niedriger Patient:innenzufriedenheit und – vor allem in der Fläche -
201 im internationalen Vergleich prekärer Versorgungslage. Die Gemeinden stehen am
202 Ende dieser schlecht aufgesetzten Versorgungskette und werden vielfach vor
203 vollendete Tatsachen gestellt. Dabei beginnen Gesundheitsversorgung und
204 Prävention in der Gemeinde.

205 Obwohl der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in Österreich mit 9,3% im Jahr
206 2022 der höchste der EU27 + Schweiz war, rangiert Österreich bei den gesunden
207 Lebensjahren mit 62 Jahren nur im Mittelfeld der betrachteten Länder.

208 Im Land greifen die verzweifelten Versuche der Landesregierung,
209 gesundheitspolitische Lösungen herbeizuführen, bisher nicht. Weder die
210 „Landarzt-Garantie“ der Landeshauptfrau, noch die Forderung nach mehr
211 Studienplätzen an den medizinischen Hochschulen haben die ärztliche Versorgung
212 in Niederösterreichs Gemeinden verbessert, sondern im Gegenteil, die Situation
213 hat sich sogar verschlechtert. Der Ausbau der Primärversorgungszentren stockt
214 seit Jahren, es gibt, trotz steigender Nachfrage für multidisziplinäre Betreuung
215 von Kindern- und Jugendlichen kein einziges “Kinder/Jugend-
216 Primärversorgungszentrum”, Schulärzt:innen werden Land auf-Land ab händierend
217 gesucht und am anderen Ende der Lebensleiter ist das flächendeckende Angebot in
218 der Übergangs-, Kurz- und Langzeitpflege nicht daran angepasst, dass unsere
219 Gesellschaft immer älter wird. Vieles davon befindet sich außerhalb der
220 Kompetenz der niederösterreichischen Gemeinden, und genau hier zeigt sich eine
221 weitere systemische Schwäche: Die Gemeinden sind bei der Planung von
222 Gesundheitseinrichtungen nicht involviert. Geplant wird vom Bund, vom Land und
223 von den Sozialversicherungen. Dann wird umgesetzt, oder auch nicht. Die
224 Gemeinden bleiben in diesem Prozess außen vor. Diese Konstellation ist
225 belastend, ineffizient und der Kollaps ist vorprogrammiert.

226 Wenn das Ziel “mehr gesunde Lebensjahre” erreicht werden soll, müssen die
227 Bemühungen über die flächendeckende Versorgung mit Ärzt:innen hinausgehen.
228 Community Nurses, physiotherapeutische Versorgung, Hebammen, Logopäd:innen,
229 Ergotherapeut:innen sowie gut ausgebildete Pflegekräfte sind von Nöten.

230 Gerade Community Nurses können in dieser Situation zu einer unmittelbaren und
231 verhältnismäßig kostengünstigen Entlastung der Situation beitragen. Dabei
232 handelt es sich um bestens ausgebildete Gesundheits- und Pflegefachkräfte, die
233 in den Kommunen, aber auch bei telefonischen Hotlines oder in Online-Chats erste
234 Ansprechperson für alle Anfragen zum Thema Gesundheit und Pflege in der Gemeinde
235 sind. Die Devise lautet: Vor Ort helfen, mobil vor stationär! Ambulante
236 Pflegedienste sind in der Lage, pflegebedürftige Personen in ihrer gewohnten
237 Umgebung zu pflegen. Damit erfüllen sie den größten Wunsch Pflegebedürftiger bei
238 gleichzeitigen volkswirtschaftlichen Vorteilen.

239 NEOS denken Gesundheit und Pflege gesamthaft. Deshalb fordern wir ein klares
240 Bekenntnis zum Ausbau der mobilen Pflegedienste und wohnortnaher
241 Gesundheitsversorgung. Aber auch Projekte wie Generationenwohnen und

242 professionell aufgesetzte Nachbarschaftshilfe sind ein Thema, das NEOS in die
243 Gemeinden tragen wollen. Die Gemeinde kann Rahmenbedingungen schaffen, um den
244 Druck aus der Situation zu nehmen.

245 **Forderungen**

246 • Flächendeckende Versorgung der niederösterreichischen Bevölkerung durch
247 Community Nurses in den Gemeinden

248 • Anreize der Gemeinden zur Praxiseröffnung für Kassenärzt:innen

249 • Schaffung eines Anreizsystems für eine flächendeckende Versorgung
250 Niederösterreichs im Bereich mobiler Physio- und Ergotherapie, sowie
251 anderer Gesundheitsberufe

252 • Ausbau der mobilen Pflegedienste

253 • Ausbau der Möglichkeiten der interdisziplinären Gesundheitsversorgung und
254 Prävention im Kindergarten und in der Volksschule

255 • Schulärzt:innen zurück an die Schulen

256 • Druck aus den Gemeinden heraus aufbauen und das Land NÖ in die Pflicht
257 nehmen mit dem Ziel des flächendeckenden Ausbaus der PVZ-Struktur
258 innerhalb Niederösterreichs mit mindestens 20 Standorten

259 • Druck aus den Gemeinden heraus aufbauen und das Land NÖ in die Pflicht
260 nehmen mit dem Ziel "ein Kinder-PVZ" pro Viertel in Niederösterreich

261 **Die Meinungsforschung zeigt uns: Wohnen, Kinderbetreuung, sowie Gesundheit und**
262 **Pflege, sind jene Belange der Gemeindepolitik, abseits der Teuerung, die**
263 **Menschen in Niederösterreich besonders bewegen. Es gibt aber darüber hinaus noch**
264 **weitere Aspekte, die unsere Gemeinden zu den Orten machen, die wir uns für eine**
265 **gelingende Zukunft auf regionaler Ebene vorstellen - daher folgen jetzt weitere**
266 **Teilaspekte gemeindepolitischen Handelns, die im Fokus unserer Gemeindeteams**
267 **stehen werden.**

268 **Klima und Umwelt und grüne Energie in der** 269 **Gemeinde**

270 NEOS bekennen sich zum wissenschaftlichen Konsens, dass der menschengemachte
271 Klimawandel eine nachhaltige Gefahr für die Menschen und unsere Umwelt
272 darstellt. Daher müssen auf allen Ebenen entschlossene und gut vorbereitete
273 Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Nicht zuletzt die Wetterereignisse der jüngsten
274 Vergangenheit und damit einhergehende Katastrophen wie Sturmschäden,

275 Hangrutschungen und flächendeckende Überschwemmungen zeigen uns, dass gerade die
276 Gemeindeebene von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen
277 ist. Das Bewahren unseres Bundeslandes für die kommenden Generationen nimmt in
278 unseren niederösterreichischen Gemeinden seinen Ausgang, geht aber weit über die
279 bloße Anpassung an die bereits bestehenden Veränderungen hinaus.

280 Die Gemeinden sind die kleinsten Verwaltungseinheiten, die die Transformation
281 der Energiebereitstellung von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern
282 unterstützen können. Kluge Planung, Information und gut abgestimmte
283 Infrastrukturmaßnahmen führen zu Akzeptanz in der Bevölkerung. Ob
284 Energiegemeinschaften bei Sonnenenergie, Kleinwasserkraft, Geothermie,
285 Biomasseanlagen oder Windkraft. Die "Not-In-My-Backyard-Mentalität" der Menschen
286 in unseren Gemeinden muss durch Maßnahmen der politisch Verantwortlichen
287 aufgegriffen werden und in einem fruchtbaren Diskurs auf Augenhöhe dazu führen,
288 dass wir in Niederösterreich das Nutzen, was da ist. Und zwar in einer Win-Win-
289 Situation durch sauberere und günstigere Energie für alle Beteiligten. Davon
290 profitieren Umwelt und Klima, aber auch die Gemeinden und Gemeindebürger:innen
291 werden durch klug gewählte Schritte in die Transformation entlastet, dabei wird
292 auch der Personennahverkehr, soweit er die Gemeinden betrifft, mitgedacht, damit
293 ein möglichst umfassendes Potential an finanzieller Entlastung und
294 Verbesserungen gehoben werden kann.

295 **Klimaanpassungsmaßnahmen im Gemeindegebiet**

296 Einige Gemeinden in Niederösterreich gehören zu den Hitzeinseln Europas, Fehler
297 und Versäumnisse in der Raum- und Bauordnung haben darüber hinaus dazu geführt,
298 dass in der Vergangenheit verstärkt, sogenannte "rote Zonen"
299 (Überschwemmungsgebiete) verbaut wurden und der Flächenfraß - im Sinne
300 versiegelter Böden, die keinen Niederschlag aufnehmen können, ist auch für
301 Nicht-Fachleute augenscheinlich. Dadurch verringert sich die Resilienz unserer
302 Gemeinden gegenüber heißen Sommern und starkem Niederschlag. NEOS haben es satt
303 von einem Rekordsommer zum nächsten und zwischen Überschwemmungsereignissen so
304 weiterzumachen wie bisher. Erleichterungen in der Bewältigung des Klimawandels
305 sind nicht immer kostspielige Belastungen der Gemeindehaushalte. Vieles kann
306 durch innovative Ideen und kleinere Anpassungen zu unmittelbarer Entlastung der
307 Situation führen.

308 Sei es zentrumsnahe Verdichtung des Wohnbaues oder versickerungsfähige Bankette
309 entlang der Gemeinestraßen, Kreisverkehre als Grünflächen oder Begrünung der
310 Fassaden von gemeindeeigenen Gebäuden und öffentlichen Plätzen,
311 Baumpatenschaften durch Ortsansässige in den Zentren oder die "Blumenkisterl"
312 des Ortsverschönerungsvereines an der Peripherie, bis hin zu alternativen
313 Planungen für innovative Straßenbeläge. Durch größere und kleine Veränderungen
314 lassen sich die Lebensumstände der Menschen in unseren Gemeinden unmittelbar und
315 schnell verbessern.

316 **Forderungen**

- 317 • Verdichtung im Zentrum, statt weitere Versiegelung am Rand

- 318 • Versickerungs- und Grünflächen schaffen
- 319 • Leerverrohrung bei Straßeninstandsetzung mitdenken
- 320 • Grünraum in die Ortszentren – Abkühlungszonen schaffen
- 321 • Fassadenbegrünung auf Gemeindegebäuden
- 322 • Hitzeinseln vermeiden und bestehende entschärfen

323 **Grüne Energie in den Gemeinden**

324 Private Einzelhaushalte und Zusammenschlüsse mehrerer Haushalte können einen
 325 wesentlichen Beitrag am Gelingen der Energiewende leisten. Viele Expert:innen
 326 sind sich einig: Die Klimawende muss vor allem auch “dezentral” vorangetrieben
 327 werden. Das heißt, die kluge Verwendung vorhandener erneuerbarer Energien, vor
 328 allem im Privatbereich hilft dabei, das große Ganze zu unterstützen. Gerade in
 329 dieser Hinsicht hakt es im Moment gewaltig. Die Netzinfrastruktur in
 330 niederösterreichischen Gemeinden gibt diese Verschränkung zwischen öffentlicher
 331 und privater Energiegewinnung schlicht nicht her, weil die politisch
 332 Verantwortlichen jahrzehntelang den Kopf in den sprichwörtlichen Sand gesteckt
 333 haben. Umfassende Planungen, welche Ortsteile regional miteinander in Energie-
 334 gewinnungsfragen kooperieren können, fehlen landesweit. Komplexe
 335 Förderstrukturen, die finanziell unterdotiert und vom Ablauf her immens träge
 336 sind bremsen den Ausbau erneuerbarer Energien ebenso wie der mangelhafte
 337 Netzausbau. Dazu kommen Verzögerungen beim Netzanschluss bereits bestehender
 338 privater Anlagen an das öffentliche Netz. Initiativen, die beispielsweise in
 339 dänischen Kommunen bereits seit Jahren usus sind, sind in Niederösterreich eher
 340 die Ausnahme. Dazu zählen gemeindeweite Übersichten, wo, welche
 341 Energiegewinnungsform besonders erfolgsversprechend ist, Primär- und Dualnutzung
 342 von Brachflächen, intelligente Nutzung von Bestandsflächen, Gebäuden und
 343 Parkplätzen, Bürger:innenkraftwerke, sogenannte Smart-Grids (dezentrale
 344 Stromspeicher-anlagen) und transparent veröffentlichte Netz(-ausbau)pläne. Ein
 345 Energieatlas, der zeigt, wo in der Gemeinde welche Anschlusspunkte zur Verfügung
 346 stehen und wo welche erneuerbaren Energiegewinnungsformen erfolgsversprechend
 347 sind, rundet die Zusammen-schau ab.

348 Die Energiewende ist ein zentrales Thema unserer Zeit, vielerorts sind die
 349 Bürger:innen bereit, aktiv daran mitzuarbeiten – hier muss die Gemeinde mit Rat
 350 und Tat – vor allem aber vorbereitet und mit Informationen – zur Seite stehen.

351 **Forderungen**

- 352 • Zusatzqualifikation in der Gemeindeverwaltung – Gemeinde-Energiemanager:in
- 353 • Energieatlas in Niederösterreichischen Gemeinden

- 354 • Leerverrohrungen für zukünftige technische Entwicklungen vorsehen
- 355 • Netzausbau in Kooperation mit Landesenergieversorgern, mit Vorrang für
356 dezentrale erneuerbare Energieerzeugung, Energieversorgung und
357 Energieverteilung
- 358 • Beteiligungsmodelle für Bürger:innenkraftwerke
- 359 • Netzinfrasturkturplan auch für die unteren Ebenen (Kapazitäten der
360 Leitungen lokal und regional, Trafos und Umspannwerke)
- 361 • Blackout Vorsorge – regionale Vorsorgekonzepte
- 362 • In der Endausbaustufe: Ausgleich und Steuerung der dezentralen
363 Energieströme, allfälliger Überschüsse und Fehlmengen (Lastausgleich) mit
364 Digitalisierung, Smart Grids, regelbare Trafos, Speicheranbindung, mit dem
365 Ziel der Gemeinde-Energie-Autarkie

366 **Personennahverkehr - Mobilitätswende und "Last-Mile-** 367 **Problematik"**

368 Im flächenmäßig größten Bundesland ist es naturgemäß schwierig, ein dichtes
369 Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln anzubieten. Dazu kommt, dass in der
370 Vergangenheit Einschnitte beim Öffi-Ausbau gemacht wurden und bestehende
371 Verbindungen abgebaut wurden.

372 Viele Niederösterreicher:innen sehen sich so gezwungen, ins Auto zu steigen.
373 Rund zwei Drittel pendeln jeden Tag mit dem Auto in die Arbeit. Insgesamt ist
374 Niederösterreich ein wahres Pendlerbundesland, denn nur ungefähr ein Fünftel der
375 Erwerbstätigen arbeitet noch im Heimatort. Über die Hälfte der Personen in
376 Niederösterreich pendelt in einen anderen Bezirk zur Arbeit. In den letzten
377 Jahren wurde der Schwerpunkt vor allem auf den Straßenbau und auf Parkplätze
378 (Park & Ride) rund um Bahnhöfe gelegt. Gleichzeitig wurden Regional- und
379 Nebenbahnen im Ausmaß von 700 Bahnkilometern eingestellt. Das sehen NEOS sehr
380 kritisch, weil nur öffentliche Verkehrsmittel, die zu den Lebensrealitäten der
381 Menschen passen, nachhaltige Änderungen im Mobilitätsverhalten bewirken können.

382 Die Verkehrssituation im Großraum Wien muss länderübergreifend gedacht werden,
383 da sie die Niederösterreicher:innen besonders betrifft. Um infrastrukturelle
384 Millionengräber des Landes Niederösterreich auffangen zu können, müssen lokale
385 Verkehrslücken mit Neubaustrecken gelöst werden. Das geht nur in Kooperation mit
386 der Stadt Wien. Fest steht: Die Pendlerstrecken sind heillos überlastet.

387 Die Radwegenetze in Gemeinden in Niederösterreich sollen und müssen weiter
388 ausgebaut werden. Dabei ist die Vernetzung mit umliegenden Gemeinden sehr
389 wichtig, um die Menschen vom PKW aufs Fahrrad zu bringen.

390 Das Land Niederösterreich weist zum Stand 2022 laut der Studie Radinfrastruktur
391 von 800 km Länge auf. Rechnet man die vorhandenen 250 km Dreißigerzonen und 120
392 km verkehrsberuhigtes Gebiet dazu, so resultiert ein potentiell verbesserbares
393 Radverkehrsnetz auf 1.180 km Länge, dessen derzeitige Beschaffenheit nicht
394 durchgängig dem Stand der aktuellen Richtlinien entspricht. Bei einem Zielnetz
395 von rund 5.350 km für den Radverkehr besteht ein Ausbaubedarf von 4.170 km, der
396 zu 20% durch baulich getrennte Radinfrastruktur gedeckt werden sollte. Radwege
397 müssen in das bestehende Öffi-Netz integriert werden, um vor allem auch die
398 flächendeckend vorhandene "Last-Mile Problematik" zu lösen.
399 Gemeindeübergreifende Anrufsammeltaxis, Carsharing, "Mitfahrbankerl" und
400 Zeitbankangebote sind hier niederschwellige Möglichkeiten - aus den Gemeinden
401 heraus – schnell für eine Verbesserung zu sorgen.

402 **Forderungen**

- 403 • Radwegnetze flächendeckend ausbauen
- 404 • Leihräder und E-Bike-Ladestationen
- 405 • Sammeltaxis und kleinere, flexible Transporteinheiten zu den regionalen
406 Verkehrsknotenpunkten
- 407 • Carsharing Angebote
- 408 • Mitfahrbankerl und Zeitbankmodelle
- 409 • Verkehr gesamtheitlich denken, um Millionengräber zu verhindern

410 **Einnahmen aus Kommunalsteuern/Bedarfszuweisungen** 411 **und aufgabenorientierter Finanzausgleich**

412 Niederösterreichische Gemeinden sind – wie auch der Bund und das Land – in einer
413 fatalen Schuldenfalle gefangen. Versäumnisse auf allen Ebenen haben dazu
414 geführt, dass es keine einzige schuldenfreie Gemeinde in Niederösterreich gibt.
415 So fehlen allerorts finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen und die
416 Möglichkeiten für Gemeinden, Einnahmen zu lukrieren ist sehr überschaubar. Hier
417 gilt es einen ehrlichen Kassasturz vorzulegen, die vorhandenen Mittel dort
418 einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden und über die
419 Gemeindevertreter Druck auszuüben, um echte Reformen in der Gemeindefinanzierung
420 anzustoßen. NEOS treten für Konsolidierung im ersten Schritt und einen
421 aufgabenorientierten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in
422 einem zweiten Schritt ein. Die Zeiten, in denen Gemeinden als Spielball ihrer
423 Landesregierungen immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, für die sie nicht
424 ausreichend finanziell ausgestattet sind muss ein Ende haben. Ansonsten werden
425 Schuldenberge weiterhin Ebenen übergreifend verschoben, anstatt in einer echten
426 Reform des Finanzausgleichs abgebaut.

427 **Finanzsituation der Gemeinde**

428 Wann immer wir im öffentlichen Sektor Geld in die Hand nehmen, ist es das Geld
429 der Steuerzahler:innen. Mit diesem Bewusstsein haben alle in den Gemeinderat
430 gewählten politischen Vertreter:innen den Auftrag, mit diesem Geld der anderen
431 verantwortungsvoll umzugehen. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit
432 sind für uns nicht nur Schlagworte, unter denen wir weitermachen wollen, wie
433 bisher, sie sind vielmehr die Leitlinien, innerhalb derer wir Gemeindebudgets
434 auf gesündere Beine stellen wollen als bisher üblich.

435 Budgetwahrheit, Kostenwahrheit, Transparenz in Mittelaufbringung und –verbrauch
436 gepaart mit wirkungsvollen Kontrollmechanismen und neuartige Ansätze für die
437 Gestaltung der Finanzflüsse aus und in die Gemeinden sind die Schlüssel zu
438 gesunden Gemeindefinanzen.

439 Dazu ist es erforderlich, dass im Gemeinderat periodisch ein Überblick über den
440 laufenden Budgetvollzug geliefert wird. Bürgermeister:innen und
441 Finanzgemeinderäte;innen sind hier verstärkt in die Pflicht zu nehmen, sowohl
442 den Gemeinderat als auch die Bürger:innen regelmäßig ins Bild zu setzen. Wir
443 brauchen wirkungsvolle Prüfungsausschüsse, in denen Vertreter:innen aller im
444 Gemeinderat vertretenen Parteien einen Sitz und auch eine Stimme haben. Bisher
445 sieht die NÖ Gemeindeordnung vor, dass sich größere Fraktionen im Gemeinderat
446 ohne Mitwirkung kleinerer Fraktionen, also ohne Oppositionsbeteiligung, selbst
447 kontrollieren.

448 Darüber hinaus braucht es Reformbereitschaft und Mut zu Neuerungen innerhalb der
449 Gemeindeverwaltung, über die Gemeindegrenzen hinweg und im Austausch zwischen
450 Land und Gemeinden. Bagatellsteuern, das sind jene Abgaben, die mehr
451 Verwaltungsaufwand als Budgetwirksamkeit entfalten, müssen abgeschafft werden.
452 Steuern aus den Gemeinden ans Land, die dann in reduzierter Form wieder in den
453 Gemeinden landen, müssen gleich dort verbleiben. Verwaltungseinheiten, wie
454 Standesämter, Lohnverrechnungen, Gemeinde-Buchhaltungen, Bauhöfe,
455 Abfallsammelzentren sind Einheiten, die kostensparend durch mehrere Gemeinden
456 arbeitsteilig betrieben werden können, um Synergien zu erzielen und Einsparungen
457 zu realisieren – dies gilt vor allem auch in Schulstandorten und bei
458 Kinderbetreuungsfragen.

459 Gemeinden müssen vom weg Gängelband der Landeshauptleute, hin zu einem
460 resilienten, selbstbestimmten, schlanken und gut aufgesetzten
461 Verwaltungsapparat, der es ihnen ermöglicht, die Daseinsvorsorge für
462 Gemeindebürger:innen effizient zu gestalten. Dazu müssen wir hin zu echter
463 Kostenwahrheit in der Planung jener Ausgaben, die die Gemeinde in ihrem
464 Wirkungsbereich aufzubringen hat, mit einer klaren Leistungsbeschreibung, die
465 dann gleichzeitig die Verhandlungsgrundlage für einen aufgabenorientierten
466 Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden darstellt. Weniger
467 Bittstellung – mehr Gemeindefinanzmanagement für Niederösterreichische Gemeinden!

468 **Forderungen**

- 469 • Planung und Leistungsbeschreibung der Tätigkeiten, die die Gemeinde zu
470 erfüllen hat
- 471 • Druck aus den Gemeinden in Richtung Land zur Abschaffung von
472 Bagatellsteuern
- 473 • Prüfungsausschuss stärken - Sitz und Stimme für jede im Gemeinderat
474 vertretene Partei
- 475 • Finanzausschuss mit periodischer Berichtspflicht über den laufenden
476 Budgetvollzug
- 477 • Begleitende Budgetvollzugskontrolle
- 478 • Prüfung von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten der Gemeindeausgaben
- 479 • Echte Kostenwahrheit und Budgetvollzugskontrolle
- 480 • Funktionale Verwaltungseinheiten über Gemeindegrenzen hinaus
- 481 • Regelmäßige Evaluierung der Abgabenordnung
- 482 • Transparenzdefizite beheben
- 483 • Aufgabenorientierten Finanzausgleich einfordern

484 **Arbeit und Wirtschaft**

485 Wirtschaft und Arbeit sorgen für Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeiten. Was
486 auf individueller Ebene gilt, gilt auch für niederösterreichische Gemeinden.
487 Gemeinden, die über ein entsprechend vielfältiges Angebot an Dienstleistungen
488 verfügen, präsentieren sich wesentlich lebendiger, versorgungssicherer und
489 lebenswerter als jene, die zu reinen Schlafstätten mutieren. Viele Kommunen in
490 Niederösterreich sind aber gerade von dieser Entwicklung betroffen: Man arbeitet
491 auswärts, Besorgungen des täglichen Lebens können - mangels Angebot - nicht im
492 Ort erledigt werden, die Gemeinde wird zur "Schlafstadt".

493 Durch die Kombination unterschiedlicher Maßnahmen können Gemeinden ein Umfeld
494 schaffen, das Betriebsansiedelungen und -gründungen begünstigt und sicherstellt,
495 dass bestehende Betriebe nicht abwandern. Das führt zu einer Win-Win-Situation,
496 weil kommunale wirtschaftliche Vielfalt wohnortnahe Arbeitsplätze generiert,
497 Zusatzeinnahmen in die Gemeindekassen spült und nicht zuletzt
498 Versorgungssicherheit - vor allem für ältere Menschen - sicherstellt.

499 Eine Anlaufstelle in der Gemeinde soll für Unternehmer:innen alle

500 gemeinderelevanten Daten bereithalten. Damit sind vor allem mögliche
501 Betriebsobjekte gemeint, darüber hinaus aber auch Informationen über
502 standortspezifische Vor- und Nachteile, Überblick über den vorhandenen
503 Branchenmix und gemeindeeigene Anreizsysteme, wie Steuer- und
504 Pächterleichterungen sowie subventionierte Gewerbeflächen.

505 Investitionen in die Infrastruktur, wie Straßen, Anschluss an öffentliche
506 Verkehrsmittel und digitale Anbindung können die Attraktivität der Gemeinde für
507 Unternehmen erhöhen.

508 Gründerzentren und/oder Coworking-Spaces können Start-ups und kleine Unternehmen
509 dabei unterstützen, sich zu entwickeln und zu wachsen. Auch die Organisation von
510 gemeindeübergreifenden Kommunalnischen, Workshops und Netzwerk-Events wäre eine
511 Möglichkeit, sich zu vernetzen und neue Geschäftsmöglichkeiten zu entdecken. Die
512 kostengünstigste und niederschwelligste Möglichkeit - ein durch die Gemeinde
513 regelmäßig angebotener Wirtschaftsstammtisch – sollte in allen Gemeinden
514 Standard werden und so dabei helfen Wirtschaftstreibende, Gemeindepolitik,
515 Interessent:innen und die lokale Bevölkerung zusammen zu bringen. Die
516 Zusammenarbeit mit Schulen und hier vor allem den örtlichen Mittelschulen kann
517 dazu beitragen, zukünftige Fachkräfte zu begeistern und den Unternehmen Zugang
518 zu qualifiziertem Personal zu ermöglichen. Investitionen in nachhaltige Projekte
519 und grüne Technologien können nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die
520 Gemeinde zukunftssicher machen.

521 In vielen Gemeinden Niederösterreichs ist der Tourismus ein Zukunftsthema. Die
522 Entwicklung von touristischen Angeboten und Veranstaltungskonzepten bringt die
523 Möglichkeit mit sich, zusätzliche Einnahmen und Arbeitsplätze im
524 Dienstleistungssektor zu lukrieren.

525 **Forderungen**

- 526 • Stelle für Beratung für Gründer:innen
- 527 • Infrastruktur verbessern, um Grundlagen zu schaffen
- 528 • Ansiedelung attraktiv machen
- 529 • Start-Ups unterstützen
- 530 • Netzwerkveranstaltungen anbieten
- 531 • Kooperation mit regionalen Bildungseinrichtungen
- 532 • Tourismuskonzepte entwickeln
- 533 • Information und Bürger:innenbeteiligung

534 **Zusammenleben in der Gemeinde / kulturelle**
535 **Vielfalt als Chance**

536 Wir leben zunehmend in einer pluralistischen Gesellschaft, in der
537 unterschiedliche Weltanschauungen, Lebensstile, sexuelle Orientierungen,
538 religiöse Ansichten und Wertekodizes – nicht immer konfliktfrei –
539 aufeinandertreffen. Nicht nur in den städtischen Ballungszentren ist dies der
540 Fall, sondern auch in niederösterreichischen Gemeinden finden sich neu
541 entstandene Gesellschaftsstrukturen, die neben sogenannten autochthonen
542 Österreicher:innen auch Migrant:innen, Asylwerber:innen und subsidiär
543 Schutzberechtigte aus vielen Teilen der Welt beinhalten. Das stellt
544 niederösterreichische Gemeinden vor neue Herausforderungen, wenn es darum geht
545 zugezogene Personen in die eingesessene Dorfgemeinschaft zu integrieren.

546 Die Arbeit der Gemeinde beeinflusst in höchstem Maße den Verlauf des
547 Integrationsprozesses – so weit sind sich Expert:innen einig. Für uns ist die
548 Freiheit so zu leben, wie man will ein hohes Gut. Wir folgen aber nicht
549 irgendwelchen linken Träumereien, die davon ausgehen, dass ein solches Leben
550 abseits der Gepflogenheiten, Werte und Regeln stattfinden kann, die den Kern
551 unserer europäischen Lebensweise darstellen.

552 Der österreichische Expertenrat für Integration streicht die Wichtigkeit
553 gelingender Integration in seinem Programm besonders heraus und empfiehlt als
554 oberste Maßnahme die Förderung der lokalen und kommunalen Integrationskompetenz.
555 Wir wollen den Fokus nicht auf Defizite, sondern auf Angebote legen. Wer bei uns
556 in Niederösterreich leben will, soll herzlich willkommen sein und Chancen
557 vorfinden, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das ist unser Angebot,
558 während sich an den Werten der liberalen Demokratie, der Geschlechtergleichheit
559 und den allgemeinen Menschenrechten zu orientieren, sowie die Landessprache
560 möglichst schnell zu erlernen wiederum die Bringschuld jener Menschen ist, die
561 beabsichtigen, bei uns eine neue Heimat zu finden.

562 **Gelingendes Zusammenleben**

563 Eine Gemeinde kann viel tun, um die Gemeinsamkeiten zu stärken und
564 Berührungspunkte zu verringern oder gar auszuräumen. Begrüßungs- und
565 Informationsveranstaltungen für Zugezogene sind ein erster Schritt, um
566 miteinander in Kontakt zu treten. Die Vernetzung mit bestehenden staatlichen und
567 privaten Initiativen trägt in der Folge dazu bei, sich noch besser
568 kennenzulernen. Gerade in diesem Bereich bietet sich die breite Einbindung der
569 Bevölkerung an, um gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen Anreize zu
570 schaffen, so schnell wie möglich in der Gemeinde anzukommen.

571 **Forderungen**

- 572 • Begrüßungs- und Informationsveranstaltungen für neue Gemeindemitglieder

- 573 • Vernetzung mit staatlichen und privaten Initiativen
- 574 • Raum und Budget schaffen für interkulturellen Austausch
- 575 • Plattformen für Buddy-Systeme schaffen
- 576 • Vorstellung des gemeindespezifischen Vereins- und Gesellschaftslebens
- 577 aber auch
- 578 • Misstände klar adressieren und mit den gebotenen Mitteln abstellen

579 **Bürger:innenservice & effiziente Verwaltung**

580 In vielen Gemeindeämtern in Niederösterreich wiehert noch der Amtsschimmel.
 581 Schon die Bezeichnung "Amt" scheint aus der Zeit gefallen. So mancher Besuch
 582 dort erinnert an Zeiten, in denen man eine Nummer ziehen musste und sich als
 583 Bittsteller:in fühlte. Dabei sollen Gemeindeämter doch Anlaufstellen für
 584 Bürger:innen sein, die rasch und unkompliziert, eine Lösung parat haben. Viele
 585 Antworten könnten auf digitalem Weg und ohne personelle Ressourcen gegeben
 586 werden – und das unabhängig von den Öffnungszeiten des Gemeindeamtes. Aber auch
 587 Menschen, die mit der fortschreitenden Digitalisierung nicht Schritt halten,
 588 müssen sich darauf verlassen können, dass sie Zugang zu allen Serviceleistungen
 589 der Gemeinde haben. Die Diversität unserer Gesellschaft muss sich daher auch in
 590 der Erfüllung dieser unterschiedlichen Anforderungen widerspiegeln.

591 **Der One-Stop-Shop für Bürger:innenanliegen & Digitalisierung**

592 Umfassende Beratungsangebote durch die Gemeinde sind ein einfaches Mittel, um
 593 die Lebensqualität und die Identifikation mit der eigenen Gemeinde zu erhöhen.
 594 Viele Städte und Gemeinden tragen dem bereits mit eigens eingerichteten
 595 Bürgerservice-Stellen Rechnung. Dort können sich Bürger:innen unmittelbar und
 596 vor Ort informieren und Amtswege zeitsparend erledigen. Der Mehrwert dieses One-
 597 Stop-Shops für Bürger:innenanliegen hängt in erster Linie von Öffnungszeiten und
 598 digitalen Begleitangeboten ab. Von einer flächendeckenden Umsetzung sind wir in
 599 Niederösterreich de facto aber immer noch weit entfernt.

600 **Forderungen**

- 601 • Kostenlose Beratungsangebote unter anderem aus den Bereichen
 - 602 ◦ Bauen und Wohnen
 - 603 ◦ Gesundheit und Pflege
 - 604 ◦ Heizkosten/Energie/Umweltbelange

- 605 ◦ Fördermöglichkeiten/Förderabwicklung
- 606 ◦ Rechtsberatung
- 607 • Umfassende Serviceangebote ohne bürokratischen Aufwand
- 608 • Einstellungswechsel von Gemeindeämtern hin zu Bürger:innen-Servicestellen

609 **Die digitale Gemeinde (digitale Amtstafel/digitales** 610 **Amt/digitaler Amtsweg)**

611 Die Digitalisierung schreitet auch in den niederösterreichischen Gemeinden
612 stetig voran. Vor allem im Kontakt mit den Bürger:innen werden digitale
613 Möglichkeiten immer wichtiger. Um den Entscheidungsprozess, wie das digitale
614 Unterstützungsangebot in den Gemeinden ausgestaltet sein soll bestmöglich
615 aufzusetzen, steht auch hier eine fundierte Bedarfsanalyse am Beginn der
616 Planungen. Dabei stehen die Wünsche und Anforderungen der Bürger:innen im
617 Mittelpunkt und es ist unumgänglich, die Menschen frühzeitig in den
618 Ideenfindungsprozess miteinzubinden. Die Ergebnisse dieses Prozesses fließen
619 dann in die konkrete Digitalisierungsstrategie der Gemeinde ein.

620 Dabei ist immer auch darauf zu achten, dass es entsprechende Alternativangebote
621 für jene Menschen geben muss, die mit der Digitalisierung, aus welchen Gründen
622 auch immer, nicht Schritt halten können. Daher braucht es auch die breite
623 Einbindung der Gemeindebürger:innen, eine konkrete Digitalisierungsstrategie und
624 eine begleitende Kosten-Nutzen-Rechnung mit Leistungserfassung, um fundiert
625 bewerten zu können, ob die Maßnahmen den gewünschten Effekt nach sich ziehen.

626 **Forderungen**

- 627 • Amtstafel digital und analog
- 628 • Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für Amtswege

629 **Das digitale Gemeindeamt**

630 Vielerorts sind die Öffnungszeiten von Gemeindeämtern sehr eingeschränkt,
631 „Parteienverkehr“, damit beschränkt sich die persönliche Kontaktmöglichkeit auf
632 wenige Stunden pro Woche und nicht alle Gemeinden bieten Services auf der
633 Gemeindehomepage oder digitale Lösungen zum Ausgleich an, was dazu führt, dass
634 vor allem Bewohner:innen aus den Katastralgemeinden teils erhebliche Wege auf
635 sich nehmen müssen, um zu erforderlichen Informationen zu kommen. Das wollen wir
636 ändern!

637 **Forderungen**

638 • Gemeindespezifische Bedarfsanalyse des E-Government Angebotes mit
639 Bürger:innenbeteiligung

640 • Begleitende Evaluierung dieses Angebotes

641 • Aktuelle Anpassung des Angebotes

642 **Der digitale Amtsweg**

643 NEOS beabsichtigen, Gemeindeämter - viel stärker als bisher üblich zu
644 Bürger:innen-Servicestellen zu machen. Durch das sogenannte "One-Stop-Shop-
645 Prinzip" (eine Stelle, die nahezu alles abwickeln kann) können die Anliegen von
646 der Antragstellung bis zur Enderledigung inklusive Zahlungsverkehr von den
647 Mitarbeiter:innen der Servicestelle in einem Arbeitsgang erledigt werden.
648 Parteienverkehrszeiten werden ausgedehnt und Öffnungszeiten an die
649 Lebensrealität der Menschen angepasst. Digitalisierung hält Einzug und der
650 Servicecharakter wird auch durch mobile Amtsstuben in den Katastralgemeinden
651 nachhaltig verankert.

652 **Forderungen**

653 • Ideenprozess mit den Bürger:innen, um das Angebot zu verbessern

654 • Gemeindehomepages, die nicht nur Informationen bieten, sondern auch
655 digitale Amtswege erlauben

656 **Hilfestellung für jene, die mit dem digitalen Zeitalter** 657 **nicht Schritt halten**

658 Öffnungszeiten, die auch für Berufstätige und Menschen, die nicht digital
659 arbeiten (können) zugänglich sind und entsprechende Hilfestellungen bei der
660 Nutzung der digitalen Werkzeuge runden das Angebot der Gemeinde ab.

661 **Forderungen**

662 • Hilfestellungen für Menschen, die das digitale Angebot nicht nutzen können

663 • Mobile Amtstage in Katastralgemeinden

664 **Effiziente Verwaltung Personalplanung & Ressourceneinsatz**

665 Gemeinden müssen sich überlegen, ob sie den Personalstab gegenüber ihren
666 Bürger:innen noch rechtfertigen können, denn es gibt viele Möglichkeiten,
667 Einsparungen zu treffen und gleichzeitig den Servicelevel für die Bürger:innen

668 nicht zu mindern, sondern teilweise sogar zu erhöhen. Workflows im täglichen
669 Geschäft der Verwaltung sollen erarbeitet werden, die Digitalisierung soll
670 Einzug in die Verwaltung halten. Benötigt jede Gemeinde eine eigene
671 Lohnverrechnung, oder können sich mehrere Gemeinden eine Abteilung teilen. Wie
672 steht es um die Idee, die Lohnverrechnung auszulagern und von einem
673 spezialisierten Unternehmen durchführen zu lassen, wenn die Kosten geringer
674 sind? Benötigt die Gemeinde selbst eine Bibliothek mit Personalkosten, oder
675 könnte das an einen Verein ausgelagert werden? Diese und viele weitere Ideen
676 müssen geprüft und bewertet werden. Nichts soll bleiben, wie es ist, nur weil es
677 immer schon so war, vor allem nicht, wenn es nicht sinnvoll, nachhaltig und die
678 beste Lösung für die Gemeinde ist.

679 NEOS stehen ausdrücklich nicht für eine Kündigungswelle in Gemeindeämtern,
680 sondern wollen zum Nachdenken anregen. Muss jede Stelle nachbesetzt werden? Jede
681 Idee soll ihren Raum bekommen und ernsthaft diskutiert werden.

682 **Forderungen**

- 683 • Aufgabenorientierte Personalplanung
- 684 • Beurteilung des Personalbedarfs unter Beiziehung externer Evaluator:innen.

685 **Ressourceneinsatz**

686 Gemeindeübergreifender Ressourceneinsatz muss ernsthaft und umfassend geprüft
687 werden. Kosteneinsparungen sind möglich, wo Synergien genutzt werden können.
688 Projekt- und Wissensmanagement kann geteilt werden, um Kosten zu mindern.
689 Erzielte Einsparungen müssen transparent und nachvollziehbar an die Bürger:innen
690 kommuniziert werden. Die Akzeptanz von Maßnahmen, auch von jenen, die unpopulär
691 scheinen, kann erhöht werden, wenn sie kommunikativ entsprechend aufbereitet und
692 faktenbasiert dargelegt wird.

693 **Forderungen**

- 694 • Sparen im System: Prüfen benötigter Personalressourcen & Evaluierung
- 695 • Ersparnis durch geglättete Workflows / Abläufe kritisch hinterfragen
- 696 • Ersparnis durch Zusammenlegung oder Auslagerung von Verwaltungstätigkeiten
697

698 **Politik und Gemeinderat**

699 Die Ebene der Gemeindepolitik ist jene Ebene, auf der die Politik am nächsten an
700 den Bürger:innen dran ist. Die Umsetzung der Entscheidungen im Gemeinderat ist

701 unmittelbar spürbar und für alle sichtbar in der Gemeinde. In jüngster
702 Vergangenheit mussten wir alle erfahren, dass Anstand und Moral in der Politik
703 schwinden – auch auf Gemeindeebene.

704 Viele Politiker:innen sind sich offenbar ihrer Verantwortung nicht bewusst. Ein
705 Mandat im Gemeinderat verpflichtet zu anständigem Handeln, es ist ein großer
706 Vertrauensvorschuss, den die Bürger:innen den Mandatar:innen übertragen.

707 Seit der Gründung stehen NEOS für Transparenz in der Politik und für
708 Politiker:innen, die Verantwortung übernehmen für die Zukunft unseres Landes.
709 Dazu zählen nachvollziehbare Entscheidungen, ein sorgsamer und
710 verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern und die Zurückdrängung der
711 jahrelang gelebten Praxis der Freunderlwirtschaft. Das kürzlich verabschiedete
712 Informationsfreiheitsgesetz greift zu kurz, denn die große Mehrheit der
713 Gemeinden in Niederösterreich ist aufgrund ihrer Einwohner:innenzahl nicht von
714 der Informationspflicht umfasst. So bleiben schwarze Flecken in unserem
715 Bundesland weiter bestehen. Jede dieser Gemeinden kann selbst entscheiden, ob
716 sie dennoch Licht ins Dunkel bringen möchte.

717 Die Idee eines vereinten Europas steht für NEOS außer Streit. Und dieses Europa
718 beginnt in den Gemeinden. Niederösterreich ist seit jeher ein sogenannter
719 Nettoempfänger von Förderungen aus Brüssel. Die um sich greifende Europaskepsis
720 ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass nur wenig Information darüber
721 fließt, welchen Mehrwert die Europäische Union für niederösterreichische
722 Gemeinden hat.

723 **Transparenz**

724 Eine Reihe von Skandalen der vergangenen Jahre hat der Öffentlichkeit das Bild
725 einer Gemeindepolitik vermittelt, die sich jeder persönlichen Verantwortung
726 entledigt hat. Das trägt maßgeblich zur wachsenden Politikverdrossenheit bei.
727 Politik, die im Dienst der Bürger:innen steht, muss alles daransetzen,
728 Korruption und Freunderlwirtschaft in der öffentlichen Verwaltung
729 zurückzudrängen. Für NEOS ist lückenlose Transparenz im Umgang mit öffentlichen
730 Mitteln eine Selbstverständlichkeit. Die niederösterreichische Realität sieht
731 anders aus: ein allumfassender Parteienstaat hat überall Sümpfe struktureller
732 Korruption entstehen lassen, wie die mediale Berichterstattung der jüngsten
733 Vergangenheit ein weiteres Mal beweist. Diese Tatsache ist unabhängig der
734 politischen Ebene zu sehen und zieht sich vom Bund über das Land bis in die
735 niederösterreichischen Gemeinden.

736 Wie auch der Rechnungshof feststellen musste (siehe "Bericht des Rechnungshofes
737 Förderungen in den Stadtgemeinden Baden, Feldkirch und Traun") wird das Thema
738 Transparenz auf Gemeindeebene vernachlässigt. Zur Schaffung einer größtmöglichen
739 Transparenz empfahl der RH der Stadtgemeinde Baden, jährlich einen
740 detaillierten, vollständigen und damit transparenten Förderbericht zu erstellen.
741 Die Förderung von Projekten und Vereinen ist für NEOS unbedingt zu befürworten,
742 aber kumulierte Fördersummen sind in den Gemeinden nicht zu finden.
743 Projektkosten werden häufig in Teilen zur Abstimmung gebracht, eine
744 Projektkostenübersicht fehlt oft. Auch Vereins- und Parteilokale in den

745 Gemeinden sind problematisch hinsichtlich Transparenz und Gebarung.

746 Nur maximale Transparenz kann dieser Entwicklung entgegenwirken und das
747 Vertrauen der Menschen in die Politik wieder herstellen. Diese Transparenz
748 erstreckt sich auf Themen wie z.B. Besetzung von Führungspositionen,
749 Ausschreibungen, Gestaltung der Gebühren, Informationsfreiheit und auch Klarheit
750 bei Einsparungen. Die Bürger:innen haben ein Recht darauf, zu erfahren, was mit
751 ihrem Steuergeld passiert. Außerdem haben sie ein Recht darauf zu erfahren, wie
752 sich Steuern, Gebühren und Abgaben zusammensetzen und wofür das Geld verwendet
753 wird. Diese Klarheit ist eine Bringschuld der Politik.

754 Da Gemeinden unter 5.000 Einwohner:innen nicht verpflichtet sind, Informationen
755 nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu erteilen, bleiben die Mehrzahl der
756 Gemeinden in Niederösterreich informationsfreiheitsgesetzliche Dunkeldörfer.
757 Hier schafft die freiwillige Selbstverpflichtung zum Informationsfreiheitsgesetz
758 ein möglicher Weg, mehr Transparenz in die Gemeindepolitik zu bringen.
759 Förderungen, Subventionen und Zuschüsse, die aus dem Gemeindebudget getätigt
760 werden, sind öffentlich einsehbar und nachvollziehbar zu machen. Dazu braucht es
761 aber den Willen und die Bereitschaft der Bürgermeister:innen und des
762 Gemeinderates, sich in die Karten sehen zu lassen und von sich aus für
763 Transparenz zu sorgen.

764 Licht in die personelle Zusammensetzung des Gemeinderates bringt eine offen
765 einsehbare Unvereinbarkeitsübersicht. Bürger:innen können sich dann selbst
766 darüber zu informieren, wer sie im Gemeinderat vertritt, welche Bezüge mit der
767 kommunalpolitischen Tätigkeit verbunden sind und welche Positionen in weiteren
768 Unternehmen und Vereinen bekleidet werden

769 Auf dem öffentlichen Wohnungsmarkt muss die Vergabe von Gemeindewohnungen
770 nachvollziehbar erfolgen. Ein öffentlich einsehbares Punktesystem stellt sicher,
771 dass Freunderlwirtschaft unterbunden wird. Ein eigens eingerichteter Ausschuss
772 informiert den Gemeinderat unter Wahrung des Datenschutzes über Punktevergabe
773 und die Reihung der Bewerber:innen. Ein weiterer Schritt zu mehr
774 Bürger:innennähe in der Wohnungsvergabe wäre eine online einsehbare
775 anonymisierte Liste, aus der Bewerber:innen erkennen können, wo in der Reihung
776 sie aktuell stehen.

777 Personen in Führungspositionen der Gemeinde und in gemeindeeigenen
778 Gesellschaften haben eine besondere Garantenstellung innerhalb der Gemeinden.
779 Eine mögliche Parteinähe bei der Besetzung ist dabei in ganz Niederösterreich
780 ein Thema, das stets präsent ist. Daher ist bei Besetzung der Stellen entweder
781 ein öffentliches Hearing im Zuge einer öffentlichen Gemeinderatssitzung
782 durchzuführen oder die Auswahl im thematisch zuständigen Ausschuss zu treffen.
783 Bei Ausschussentscheidungen ist eine nachvollziehbare Begründung an den
784 Gemeinderat zu kommunizieren.

785 Eine transparente Veröffentlichung aller Ausschreibungen von Projekten und
786 Vorhaben in der Gemeinde wäre ebenso wünschenswert, wie eine dokumentierte
787 schriftliche Begründung der Auswahl. Welche Firma bekommt warum den Zuschlag?

788 Die verständliche und nachvollziehbare Darstellung von Abgaben und Gebühren auf
789 Gemeindeebene ist im selben Lichte zu betrachten. Wenn nachvollziehbar ist, was
790 mit diesem Geld geschieht, steigt die Akzeptanz in der Bevölkerung.

791 **Forderungen**

792 • Offizielle Ausschreibungen und öffentliche Hearings von Führungspositionen
793 in der Gemeinde und in gemeindeeigenen Gesellschaften und eine Begründung
794 der getroffenen Auswahl

795 • Projektausschreibungen öffentlich mit Begründung der Zuschlagserteilung

796 • Gebühren verständlich und nachvollziehbar darstellen

797 • Freiwillige Selbstverpflichtung zur Informationsweitergabe wie im
798 Informationsfreiheitsgesetz vorgesehen in Gemeinden unter 5.000
799 Einwohner:innen

800 • Förderungen, Subventionen und Zuschüsse veröffentlichen

801 • Wohnungsvergabe transparent und nachvollziehbar gestalten

802 • Bezüge der Mitglieder des Gemeinderates veröffentlichen und weitere
803 Tätigkeiten klar ausschildern

804 • Gemeindeabgaben offen kommunizieren und jährlich evaluieren

805 • Teilnahme jeder Gemeinde bei offenerhaushalt.at

806 **Politiker:innenverantwortung**

807 Ob Gemeinderat, Bürgermeisterin, Landtagsabgeordneter, Nationalrätin oder
808 Bundespräsident, allen Politiker:innen wird von den Wähler:innen ein Mandat auf
809 Zeit erteilt. Politiker:innen sind vom Vertrauen der Wähler:innen abhängig und
810 sollten ihre Arbeit als Dienst an den Bürger:innen verstehen. Allerdings kommt
811 es immer wieder zu Vorfällen, in denen sie aufgrund grober Vernachlässigung
812 ihrer Pflichten Entscheidungen treffen, die massive finanzielle Schäden
813 anrichten. Politiker:innen sollen bei Machtmissbrauch, Misswirtschaft und grob
814 vernachlässigter Planungssorgfalt Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und
815 für Fehlentscheidungen haften – so wie das etwa auch Geschäftsführer eines
816 Unternehmens zu tun haben. Voraussetzung dafür ist, dass ein Schaden entstanden
817 ist und Sorgfaltspflichten verletzt wurden. Gerade nach den jüngsten
818 Korruptionsskandalen muss ein Umdenken erfolgen, bevor das Vertrauen in die
819 Politik noch weiter sinkt. Gerade Niederösterreich hat in diesem Zusammenhang
820 viel zu tun. Die Vorgänge rund um die Veranlagung von Wohnbaugeldern in
821 Niederösterreich waren alles andere als ein Erfolgsmodell. Konsequenzen für die

822 verspekulierten Milliarden hat es aber nie gegeben. Strukturelle Korruption, ein
823 weiterer Sargnagel des Vertrauens in die Politik, passiert aber auch im
824 vermeintlich Kleinen – etwa in Grafenwörth, wo der Bürgermeister bei
825 intransparenten Grundstücksdeals aufgrund von Insiderwissen gut verdient hat.

826 Wir wollen wieder Anstand in die Politik bringen. Auf Gemeindeebene sind Politik
827 und deren Vertreter:innen besonders nahe an den Bürger:innen. Gerade auf dieser
828 Ebene müssen wir einander vorbildhaft mit Respekt und Anstand begegnen, um das
829 Vertrauen wieder zu stärken. Daher ist für NEOS ein Übereinkommen aller im
830 Gemeinderat agierenden Parteien zur Zusammenarbeit und zur sauberen Politik die
831 einzige Basis, um gemeinsam sinnvoll gestalten zu können.

832 **Forderungen**

- 833 • Pakt für saubere Politik als Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann

834 **Europa in deiner Gemeinde – vom Großen ins Kleine**

835 Die Europäische Union ist, allen Unkenrufen zum Trotz ein Erfolgsmodell. Die
836 Freiheit, der Frieden und der Wohlstand, die wir in den vergangenen Jahrzehnten
837 genießen durften ist in erster Linie auf die europäische Einigung
838 zurückzuführen. Damit die EU aber endlich auch im Herzen niederösterreichischer
839 Gemeinden ankommt, muss sie demokratischer und bürger:innennäher werden. Den
840 NEOS-Ruf nach den “Vereinigten Staaten von Europa” tragen wir auch in die
841 niederösterreichischen Kommunen. Europaweit mit einer echten gemeinsamen Außen-
842 und Sicherheitspolitik, einem selbstbewussten europäischen Parlament, einer
843 effizienten europäischen Regierung und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die
844 Unionsbürger:innen auf Gemeindeebene mit Informationskampagnen über den Nutzen,
845 den die niederösterreichischen Gemeinden aus der EU-Mitgliedschaft Österreichs
846 ziehen. Europa ist für viele Bürger:innen immer noch weit weg. NEOS wollen das
847 langfristig ändern, denn unsere Zukunft liegt in einem gemeinsamen und starken
848 Europa.

849 Niederösterreich erhält EU-Fördermittel für zahlreiche Projekte, besonders im
850 Bereich der Landwirtschaft. Zudem ermöglicht die EU den Zugang zu einem großen
851 Binnenmarkt, was für niederösterreichische Unternehmen, von Vorteil ist. Der
852 Exporthandel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern
853 werden gefördert. Durch die vorhandenen Kooperationen und die entstehenden
854 Synergien ergeben sich neue Handlungsfelder, die Entwicklung neuer Technologien
855 und Forschungsansätze über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg. Das eröffnet neue
856 Perspektiven. Auch der Bildungssektor profitiert von der EU, denn Programme wie
857 “Erasmus+” bieten Studierenden, Lehrlingen und Fachkräften aus Niederösterreich
858 die Chance internationale Erfahrungen zu sammeln und ihre Qualifikationen zu
859 erweitern.

860 Die EU bietet niederösterreichischen Gemeinderät:innen die Gelegenheit, sich als
861 EU-Gemeinderät:innen weiterzubilden und die Idee eines gemeinsamen Europas in
862 die Gemeinden zu tragen.

863 Daher ist es von großer Bedeutung gerade das aufzuzeigen und der Bevölkerung zu
864 vergegenwärtigen. Dabei haben auf Gemeindeebene die erwähnten EU-Gemeinderäte
865 als Europabotschafter:innen eine besondere Aufgabe – diese muss noch
866 öffentlichkeitswirksamer als bisher wahrgenommen werden, damit die Menschen
867 wissen und sehen, was Europa für sie und ihre Gemeinde tut.

868 **Forderungen**

- 869 • Bekanntnis des Gemeinderates zur Vision eines geeinten Europas – auch
870 durch Europathemen im Gemeinderat

- 871 • EU-Gemeinderät:innen in allen niederösterreichischen Gemeinden mit
872 periodischen Berichtsmöglichkeiten an den Gemeinderat

- 873 • Aktive und transparente Information der Bürger:innen über Projekte und
874 Förderungen der EU in der jeweiligen Gemeinde